



Grüne Ratsfraktion, Jahnplatz 1, 50171 Kolpingstadt Kerpen

Herrn Bürgermeister
Dieter Spürck

im Hause

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Im Rat der Kolpingstadt Kerpen

Tel.: 02237/58394

Fax: 02237/58121

e-mail: b90-gruene@stadt-kerpen.de

www.gruene-kerpen.de

Bürozeiten: 08:30-12:30

28. März 2019

PK/Kr

**Antrag für die nächste Sitzung des Stadtrates
Verbot von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, insbesondere von
Glyphosat, auf verpachteten städtischen Ackerflächen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir beantragen, ergänzend zu den bereits zu diesem Thema bekannten
Sitzungsunterlagen, die Beratung unseres heutigen Antrages in der nächsten
Ratssitzung.

Begründung:

In der letzten Stadtratssitzung wurde der entsprechende
Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt, um Informationen
beim Rhein-Erft-Kreis einzuholen.

Wir möchte hierzu weitere, für die Diskussion und Beschlussfassung in der
nächsten Ratssitzung relevante, Informationen und Aussagen vortragen.

Wenn in der Landwirtschaft Pestizide eingesetzt werden, landen sie nie zu
100 % an ihrem Zielort. Ein Teil verbleibt im Boden, gelangt in Gewässer oder
wird von Wind und Thermik durch die Luft davongetragen.

Nach aktuellen Informationen des Umweltinstitutes München e. V. wurden
im Südtiroler Vinschgau intensive langfristige Messungen an verschiedenen
Standorten zu insgesamt rd. 30 Pestizidwirkstoffen durchgeführt.

Die verwendete Methode wurde vom kanadischen Umweltministerium
entwickelt und ist seit vielen Jahren weltweit im Einsatz. Dieser Einsatz eines

standardisierten Sammelmediums ermöglicht einen Vergleich zwischen der Belastung der Standorte mit einem Wirkstoff untereinander und im Zeitverlauf.

Die Ergebnisse belegen, dass es im Vinschgau von Mitte März bis mindestens Ende August eine kontinuierliche Pestizid-Belastung von Mensch und Umwelt gibt und sich meist mehrere Wirkstoffe (Pestizide) gleichzeitig in der Luft befinden.

Die Ergebnisse belegen im Messgebiet Vinschgau insgesamt eindrücklich einen erheblichen Transport von Pestiziden über kilometerweite Distanzen bis hinauf in abgelegene Seitentäler.

Die Ergebnisse geben einen deutlichen Hinweis auf die erschwerten Bedingungen für Bio-Betriebe im Umfeld intensiver konventioneller Landwirtschaft mit Pestizideinsatz.

Darüber hinaus weisen die Ergebnisse auf einen bisher unterschätzten Risiko-Aspekt hin:

Im Vergleich zu einzelnen Wirkstoffen besteht bei einer Gesamt-Belastung an Pestiziden eine erheblich höhere und über den Saisonverlauf andauernde Belastung und damit ein entsprechend höheres Gefahren-Potenzial ("Cocktail-Effekt").

Was bewirken also zusätzliche "Blühstreifen" in der Nähe von Ackerflächen, die mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, z. B. "Roundup" mit dem Hauptwirkstoff "Glyphosat", gespritzt werden?

Hier ist von entsprechenden schädlichen Kontaminationen dieser Blühstreifen mit den damit verbundenen Auswirkungen auf die Biodiversität bzw. auch auf Insekten auszugehen.

Auch können negative Auswirkungen, beispielsweise auf private Gärten, in der Nähe von konventionell bewirtschafteten städtischen Ackerflächen, z. B. im Neubaugebiet "Wahlenpfad" in Kerpen-Götzenkirchen, nicht ausgeschlossen werden, da die äußeren Privatgrundstücke in nur etwa 30 - 40 Metern Entfernung von einer großen, regelmäßig intensiv gespritzten, Ackerfläche in städtischem Eigentum gelegen sind (einschließlich einer städtischen Kita mit Außengelände).

Die in der Sitzungsvorlage der Verwaltung (Drs. 53.19) vom 17.01.2019 angesprochene Tatsache, dass "das Bundesamt für Naturschutz (BfN) dem Einsatz von Glyphosat SEHR kritisch gegenübersteht", hat in der

Umweltausschusssitzung am 14.03.2019 unverständlicher Weise beim mündlichen Antrag des Mehrheitsführers, Herrn Ripp, keine Resonanz gefunden. Dies gilt auch für den ausdrücklichen Hinweis in dieser Sitzungsvorlage, wonach "sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag darauf verständigt hat, den Glyphosateinsatz nach Ablauf des Genehmigungszeitraumes zu beenden."

Hier wurden in unverantwortlicher Weise von der vom antragstellenden Herrn Ripp angeführten Mehrheit in der Umweltausschusssitzung am 14.03.2019 wichtige Aspekte ignoriert, was auch für die Ausführungen von Frau Pflanz (Rhein-Erft-Kreis) gilt, wonach die dortigen Pachtvereinbarungen in engem Schulterschluss mit der Landwirtschaft getroffen wurden.

Aus den genannten Gründen beantragen wir zusammenfassend eine Beschlussfassung des Stadtrates entsprechend der Sitzungsvorlage Drs. 53.19 vom 17.01.2019.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Kunze
Fraktionsvorsitzender

Bernd Krings
Stadtverordneter



Für die Richtigkeit
Kirsten Lenz